

# Die Ausgrenzung muss ein Ende haben

Professor Klaus Bade bei SPD über Migrationspolitik in Deutschland: „Endlich entkriminalisieren“

kib. Wenn Professor Klaus Bade zum Parforceritt durch die diffizile Thematik der Einwanderung in Deutschland ansetzt, hält er seine Zuhörer in Atem. So auch bei einer Veranstaltung des SPD-Kreisverbandes Heidelberg zum Thema „Das Ende der Ausgrenzung - Für ein echtes Miteinander“. Der 56-jährige Professor für Neueste Geschichte und Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück gilt als Koryphäe seines Faches. Umso wichtiger dann sein Satz, dass die deutsche Geschichte so ziemlich alles erlebt habe, was zum Thema Migration zu haben sei, aber so richtig etwas daraus gelernt hätten sie bislang nicht.

Wanderungsbewegungen gibt es seit Jahrhunderten. Die Deutschen waren Aus- und Einwanderer, sie haben Ausländer ausgegrenzt und integriert. Es gab gleich nach dem Krieg die Flüchtlinge und Vertriebenen, später dann die Gastarbeiter und noch später die Asylsuchenden und Aussiedler. Und so kommt es, dass nicht wenige unter den Deutschen Nachfahren eingewanderter Fremder sind.

Trotzdem, so erkannte der renommierte Zeitgeschichtler, lag zu Beginn der 90er Jahre „Brandgeruch über dem Land“. Der Hass gegen Asylbewerber und die Zahl der Atten-

tate erreichte dabei ebenso einen Höhepunkt wie die Länge der Lichterketten. Das soll keinesfalls wieder so werden. Da sah sich Bade auf einer Linie mit dem Mitglied des Kreisvorstandes, Karl Emer, und dem Landtagskandidaten Claus Wichmann. Emer empfand vor allem die „Seemannsmetaphorik“ à la „das Boot ist voll“ als unheilvoll und forderte moderne, politische Instrumente, um Migration in vernünftige Bahnen zu lenken und für Integration der eingewanderten Menschen zu sorgen.

Claus Wichmann fürchtete, dass das Thema im bevorstehenden Wahlkampf im „Ländle“ emotional hochgepuscht werden könnte. Dabei, so wusste er zu berichten, haben Bayern und Baden-Württemberg nach wie vor die härteste Abschiebep Praxis. Obwohl Handwerker und Industrie schon lange darauf aufmerksam machen, dass Arbeitskräfte gebraucht werden, wurden immer wieder Mittel für muttersprachlichen Unterricht und Deutschunterricht gekürzt und so regelrecht „Halbsprachler“ produziert.

Wichmann kritisierte hart die CDU-Kampagnen zur doppelten Staatsbürgerschaft und zu „Kindern statt Indern“. Er empfahl der Politik verschärft darüber nachzudenken, welche Bilder durch solche polarisierenden Aus-

sagen in den Köpfen erzeugt werden. Was Deutschland wirklich brauche, sei ein Klima der Toleranz.

Professor Klaus Bade bescheinigte der Bundesregierung auf diesem Weg schon einen gewaltigen Schritt voran gekommen zu sein. Erstmals sei es in diesem Jahr gelungen eine positive Zuwanderungsdiskussion zu Stand zu bringen. Er warnte die politischen Verantwortlichen aller Parteien davor, soziale Angst in irgend einer Form zu erzeugen. Das sei das gefährlichste Element im politischen Prozess überhaupt und dürfe niemals mobilisiert werden. Just jene Angst sei aber Anfang der 90er Jahre geschürt worden. Damals, so Bade habe die Gewaltbereitschaft massiv zugenommen, obwohl Deutschland schon lange zwar

nicht in rechtlicher, aber in faktischer Hinsicht ein Einwanderungsland gewesen sei. Für die Zukunft hat auch Bade zwar keine Patentrezepte, aber doch einige Forderungen und Vorschläge parat.

Unabdingbar sei es, den Schleuserbanden den Kampf anzusagen. Genauso wichtig sei aber das Thema Migration endlich zu „entkriminalisieren“ und per Einwanderungsgesetz Zuwanderung von benötigten Berufsgruppen zu ermöglichen. Keinesfalls dürfe solche gezielte Einwanderung aber das Recht auf Asyl ersetzen. Ein Aufrechnen von Einwanderung und Asyl sei zynisch. Einwanderung müsse über Quoten und Bedarf des aufnehmenden Landes laufen, Asyl sei eine humanitäre Pflicht.

Rhein-Neckar-Zeitung, 18.9.2000